Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis Deutschland**Kindeswohlgefährdung durch Drogenkonsum und Drogenhandel im öffentlichen Raum**

Bremen hat seit Jahrzehnten eine ausgeprägte Drogenszene, die sich vornehmlich auf den Bereich des Hauptbahnhofs und dessen näherer Umgebung konzentriert. Inzwischen breitet sich der Drogenraum zunehmend auch auf Wohn- und Geschäftsviertel aus.

Die mit den Drogenumschlagsplätzen einhergehende Delinquenz beeinträchtigt nicht nur die allgemeine Sicherheit im öffentlichen Raum, sondern birgt in besonderem Maße ein erhöhtes Gefährdungspotenzial für Kinder und Jugendliche.

In diesem Zusammenhang fragen wir den Senat:

1. Welche öffentlichen Orte oder Straßen in Bremen sind nach Kenntnis des Senats aus polizeilicher Sicht in besonderem Maße durch Drogenkonsum und Drogenhandel auffällig? (Dabei sind auch einzubeziehen die Orte und Straßen, über die sich Anwohner, Gewerbetreibende oder Passanten über öffentlichen Drogenkonsum sowie über Funde einschlägiger Utensilien wie Spritzen oder anderer Hinterlassenschaften und über Belästigungen und Delinquenz in der Regel beschweren.)
2. Welche Spielplätze, Kindertagesstätten sowie Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe befinden sich in unmittelbarer Nähe der unter Ziffer 1. erfragten Orte und Straßen? – Als unmittelbare Nähe wird eine Entfernung von bis zu 300 Metern Luftlinie angenommen.
3. Gibt es ein gezieltes Monitoring zu Funden von Konsumrückständen an den unter den Ziffern 1. und 2. erfragten Orten, und falls ja, wie ist dieses organisiert?
4. Sind die unter Ziffer 1. erfragten Orte nach Ansicht des Senats jugendgefährdende Orte gemäß § 8 des Jugendschutzgesetzes?

5. Falls nein, warum nicht?
6. In wie vielen Fällen haben die Behörden von 2022 bis 2024 das jeweils zuständige Jugendamt über die laut Ziffer 4 als jugendgefährdende Orte eingestuften Bereiche des Drogenkonsums und Drogenhandels gemäß § 8 Jugendschutzgesetz unterrichtet? (Bitte getrennt nach Jahren ausweisen.)
7. Inwiefern betrachtet es der Senat als öffentliche Aufgabe, Kinder und Jugendliche vor dem Problem offener Drogenszenen zu schützen?
8. Falls ja, was unternimmt der Senat konkret, um dieser Aufgabe gerecht zu werden?
9. Falls nicht, wie verträgt sich der Mangel an Maßnahmen zum Schutz Heranwachsender vor offenen Drogenszenen aus Sicht des Senats mit dem Recht junger Menschen auf Förderung und „Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (§ 1 Absatz 2 Achstes Buch Sozialgesetzbuch [SGB VIII])?

Piet Leidreiter, Andre Minne und Fraktion Bündnis Deutschland